

Die Gewerkschaft.

Organ für die
Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.
Publications-Organ

des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pf. pro Vierteljahr.
Einzelnummer 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Bruno Voersch,
Berlin W. 30, Gleitschstraße 49.

Inserate, die 2 gespaltene Petit-
Zeile 30 Pf.
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 23.

Berlin, 3. Dezember 1899.

3. Jahrg.

Das Ende des Zuchthausgesetzes.

In überraschend schneller Weise hat der Reichstag am 20. November das Zuchthausgesetz zur Erledigung gebracht. Von der Hälfte der nationalliberalen Fraktion waren Abänderungsanträge eingebracht worden, welche einen Teil der Vorschläge des Professors van der Borch, und zwar den schlichteren Teil derselben, enthielten. Die Anträge hätten der Regierung in veränderter Form Das gebracht, was sie in dem Zuchthausgesetz gefordert hatte. Das Zentrum gab dahingegen die Erklärung ab, daß seinerseits der in Aussicht gestellte Gesetzentwurf wohl ausgearbeitet sei, aber nicht eingebracht werde, weil nicht zu erwarten wäre, daß die Regierung die vom Zentrum vorgeschlagene Sicherstellung des Koalitionsrechtes annehmen würde. Damit war der Entscheid über das Gesetz getroffen, denn die Regierung konnte nur darauf rechnen, bei einer Kommissionsberatung Einiges aus ihrem Gesetzentwurf zu retten. Das Zentrum aber konnte für Kommissionsberatung, im Gegenzug zu seiner Stellungnahme in der ersten Lesung, nur eintreten, wenn seinerseits Abänderungsanträge eingebracht worden wären.

Unter solchen Umständen bemühte sich der Vertreter der Regierung vergebens, die Vorlage zu empfehlen, und die Aussicht für das Gesetz wurde nicht dadurch verbessert, daß der Führer der Scharfmachersippe, der Freiherr v. Stumm, sich dafür ins Zeug legte. Sein Antrag, die Zuchthausvorlage an eine Kommission zu verweisen, wurde mit übergroßer Majorität abgelehnt. Die Parteien beschränkten sich auf kurze Erklärungen und dann wurden die sämtlichen elf Paragraphen des Gesetzentwurfes ohne weitere Debatte abgelehnt. Nur eine kurze Auseinandersetzung zwischen dem Staatssekretär des Innern und dem Abgeordneten Richter war bemerkenswert. Der Staatssekretär hielt es für eine Mißachtung der Regierung, wenn der Reichstag eine von dieser eingebrachte Gesetzesvorlage nicht einmal so hoch einschätzt, um sie einer Kommissionsberatung für würdig zu erachten. Treffend erwiderte ihm hierauf der Abg. Richter:

„Wenn auf die Initiative von Erntsprächen hin solche Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden, von denen man im Voraus weiß, daß sie mit den Anschauungen der großen Mehrheit des Reichstages im Widerspruch stehen, so verdienen solche Gesetzentwürfe gar keine andere Behandlung.“

Bei der Abstimmung erhoben sich nur die beiden konservativen Fraktionen, und dem Zuchthausparagrafen stimmten selbst diese nicht einmal geschlossen zu. Die Niederlage der Regierung war eine vollständige, wozu der Umstand noch besonders beitrug, daß die ausschlaggebenden Parteien es nicht einmal der Mühe wert erachteten, zu den einzelnen Paragraphen und Abänderungsanträgen zu sprechen. Das kränkt die Verfasser der Zuchthauspresse natürlich tief. Ein hervorragendes Zuchthausorgan sagt in einem Bericht über die Reichstagsverhandlung: „Selbst die Sozialdemokraten haben davon ab, Neben zu halten, um die Niederlage der Regierung desto eindrucksvoller zu machen.“

Trotzdem bleibt die Regierung, bleiben die Minister, welche das Zuchthausgesetz als absolut nötig für die weitere Aufrechterhaltung der Ordnung im Staate bezeichnet hatten, ruhig in ihrem Amte. An eine Auflösung des Reichstages scheint die

Regierung nicht zu denken. Eines von Beidem könnte es aber doch nur geben. Entweder muß die Regierung den Reichstag auflösen oder sie müßte selbst aus dem Amte scheiden. In einem geordneten, verfassungsmäßigen Staatswesen sollte es undenkbar sein, daß eine Regierung, welche mit dem Parlament in striktem Widerspruch steht, die Staatsgeschäfte leitet. In Deutschland aber scheint dies möglich und angänglich zu sein. Deswegen ist auch damit zu rechnen, daß die Tendenzen des Zuchthausgesetzes nicht aufhören werden, fortzuwirken. Das Zuchthausgesetz ist tobt, der Zuchthauskurs aber wird fortleben. Dessen muß die Arbeiterschaft eingedenk bleiben. Wenn sie auch mit berechtigtem Stolz erklären kann, daß es wesentlich ihrer Mäßigkeit zu danken ist, wenn das Zuchthausgesetz gefallen ist, so muß doch dahin getrachtet werden, auch den Zuchthauskurs zu beseitigen. Dieser wird nur aufhören, wenn die Arbeiterschaft in noch weit stärkerem Maße als bisher sich organisiert. Deshalb gilt es, nunmehr nicht etwa den erlangenen Sieg zu feiern, sondern es gilt, zu neuem Kampfe zu rüsten, denn durch die Entscheidung des Reichstages ist wohl die Arbeiterschaft vor einem himmelschreitenden Unrecht bewahrt worden, noch aber fehlt es ihr an dem wichtigsten und heiligsten Rechte: an der freien Ausübung des Koalitionsrechtes.

Aus unserem Beruf.

Zwiesges Jährlichen „Der Umgang mit Menschen“ scheint auch für den Gasmeister Beck von der IV. Berliner städtischen Gasanstalt besonders notwendig zu sein. Als kürzlich ein Arbeiter bei dem 18 stündigen Schichtwechsel ohnmächtig wurde und umfiel, sagte der genannte Herr: „Sie sind bloß faul und haben keine Lust zum arbeiten.“ Redensarten wie „Sie fauler Hund“, „Sie Bolade“, „Ich schmeiße Sie raus“ etc. sind von Seiten des Herrn Beck an der Tagesordnung. — Was sagt Herr Stadtrath Ramsdau zu solchen rohen, gemeinen und strafbaren Ausdrücken?! Remedur ist hier sehr notwendig.

In München gingen am 1. November die Gaswerke in den Besitz der Stadt über.

Die Altersversorgung städtischer Arbeiter beschäftigte dieser Tage die Breslauer Stadtvordnnten. Der Oberbürgermeister Bender hat seiner kürzlich veröffentlichten, auch von uns besprochenen Denkschrift über diese Frage bald eine Vorlage folgen lassen. Während aber die Denkschrift mit trefflichen moralischen und materiellen Gründen nachwies, daß den städtischen Arbeitern in mindestens gleichem Maße wie den städtischen Beamten ein Rechtsanspruch auf Versorgung zustehe, will die Vorlage den Arbeitern eine Unterstützung nach mindestens zehnjähriger ununterbrochener Arbeitszeit nicht als klagbares Recht, sondern nur auf Beschluß der Stadtverwaltung und jeder Zeit widerruflich, also als Wohlthat bezw. Almosen gewähren und zwar in äußerst bescheidenem Umfange. Unfalls, Invaliditäts- und Altersrente sollen auf die städtische Rente in Abzug kommen, soweit der Betrag derselben zusammen mit der städtischen Rente 300 Mk. übersteigt. Auch andere einschränkende Bestimmungen enthält die Vorlage, so daß bei der Beratung derselben die beiden sozialdemokratischen Vertreter im Breslauer Stadtparlament, Brubns und Schulz, unterstützt von Professor Werner Sombart, sich entschieden gegen eine derartige, nur scheinbar sozialreformerische Maßnahme wandten und besonders

die Festschließung des eintragbaren Rechtsanspruchs auf die Pension für die städtischen Arbeiter forderten. Nach längerer lebhafter Debatte wurde die Vorlage einem Ausschusse überwiesen, doch dürfte nach der Haltung der großen Mehrheit der Breslauer Stadtverordneten eine nennenswerthe Verbesserung der Vorlage nicht erzielt werden.

Dem „Vorwärts“ wird aus Spandau über die Lage der dortigen städtischen Arbeiter Folgendes geschrieben:

Angefaßt der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ist es interessant zu erfahren, wie die bürgerlichen Stadtverordneten bisher ihr „arbeiterfreundliches Herz“ gegenüber den städtischen Arbeitern betätigt haben. Schon seit Jahren führen die städtischen Arbeiter bittere Klagen über ihre ungemeltniedrigen Löhne; ganz besonders sind Klagen der Forstarbeiter in dieser Beziehung laut geworden, denn ein Tagesverdienst von 2 Mk. und weniger ist bei dieser Arbeiterkategorie nichts Neues. Die Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche auf eine Verbesserung der Arbeiterlöhne abzielten, wurden bisher von den bürgerlichen Stadtvätern einfach immer abgelehnt, und selbst diejenigen Vertreter, welche aus den freisinnigen Gewerksvereinen hervorgegangen waren und vor ihrer Wahl so sehr ihre Arbeiterfreundlichkeit betont hatten, waren für eine durchgreifende Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter nicht zu haben. Endlich im Januar d. J. konnte sich die Stadtverordneten-Versammlung den Wünschen der Arbeiter nicht länger mehr verschließen und nahm einen Antrag unserer Parteigenossen, wonach für die städtischen Arbeiter durchweg ein Mindestlohn von 3 50 Mk. pro Tag eingeführt werden sollte, — nicht etwa an, sondern setzte eine Kommission nieder, damit diese die Frage prüfe und in anderen Städten erst entsprechende Erkundigungen einziehe. Jetzt, nach etwa neun Monaten, hat diese Kommission zum ersten Male getagt (!), zu irgend welchem Resultat ist sie jedoch bisher nicht gekommen. Inzwischen haben sich die einzelnen Deputationen gleichfalls mit dieser Frage beschäftigt; die Forstdeputation, deren Arbeiter, wie oben erwähnt, von allen städtischen Arbeitern am allerelendesten bezahlt werden, lehnte die Verbesserung der Lage dieser Arbeiter im Sinne des sozialdemokratischen Antrages einfach ab und befandete damit so deutlich wie nur zu wünschen ihre „Arbeiterfreundlichkeit“! — Kurze Zeit nachdem die erwähnte „Lohnkommission“ gewählt wurde, stand auch die Erhöhung von „Löhnen“ auf der Tagesordnung; es handelte sich allerdings diesmal nicht um Arbeiterlöhne, sondern um den „Lohn“ des Oberbürgermeisters und des Stadtbauraths; ohne Bedenken und ohne weitere Prüfung dieser Frage in Kommissionen und Deputationen wurde die Magistratsvorlage von den bürgerlichen Stadtverordneten widerspruchslos angenommen und damit der „Lohn“ dieser beiden Herren nicht etwa um einige Pfennige pro Tag, wie es die Arbeiter wünschen, sondern um je 1500 Mk. pro Jahr erhöht!

Die städtischen Arbeiter von Spandau gehören bisher unserer Organisation nicht an. Wenn sie ihre Lage wirklich ernsthaft verbessern wollen, werden sie sich vor Allem organisieren müssen. Dann werden auch die arbeiterfreundlichen Stadtverordneten eine nicht unerhebliche Stütze in ihnen erhalten.

In Sachen der Berliner Betriebskrankenkasse hat der Magistrat folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Stadtgemeinde Berlin wird auf Grund des § 60 des Krankenversicherungs-gesetzes in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892 eine Betriebskrankenkasse errichten, welche für alle in den Betrieben und im Dienst der Gemeinde beschäftigten versicherungspflichtigen Personen eintreten soll, soweit nicht die Betriebskrankenkassen der städtischen Parkverwaltung und der städtischen Straßenreinigung zuständig sind.

Ueber den Entwurf zu dem Statut dieser Kasse sind die Beteiligten zu hören.

Wir bringen deshalb zur Kenntniß der Beteiligten, daß der Entwurf zu dem Statut dieser neu zu begründenden städtischen Betriebskrankenkasse in der von uns beschlossenen Fassung bei sämtlichen städtischen Verwaltungsabteilungen, Bureau und Kassen bis zum 9. Dezember einschließlichs zur Einsicht ausliegt.

Soweit die bei der Kasse beteiligten versicherungspflichtigen Personen gegen den Inhalt des Entwurfs Einwendungen erheben wollen, sind diese bis zum 16. Dezember entweder schriftlich Straalauerstraße 3/6, Post 1 Treppe, auf dem Gewerbe-Bureau einzureichen oder ebenda Zimmer 12, werktäglich in der Zeit von 9—1 Uhr, mündlich zu Protokoll zu erklären.

An der letztbezeichneten Geschäftsstelle können Statuten-Exemplare den Beteiligten auf Antrag ausgehändigt werden. Berlin, den 12. November 1899.

Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Lohnbewegung unter den städtischen Straßenreinigern von Schöneberg. Unter den Straßenreinigern giebt sich eine Bewegung kund, die darauf hinausgeht, anlässlich der stetig wachsenden Wohnungs- und Lebensmittelpreise eine Erhöhung des bisherigen Wochenlohnes zu erzielen. Es ist eine von beinahe sämtlichen Straßenreinigern beschlossene Bittschrift an den hiesigen Magistrat abgefaßt worden, in welcher die Lebensverhältnisse geschildert und entsprechende Lohnerhöhungen verlangt werden. Bisher betragen die Löhne pro Woche 18,15—21,45 Mk. — Eine besondere Vergütung der Sonntagsarbeit erfolgt nicht. — Wer die immer wachsenden Preise der Wohnungen und Lebensmittel in Schöneberg kennt, wird die Lohnbewegung unter den Straßenreinigern vollkommen begreiflich finden. — Es ist noch nicht bestimmt, welche Stellung der Magistrat hierzu nehmen wird.

Gewerbegericht und städtische Arbeiter. Das Dresdener Gewerbegericht erwiderte den Tiefbauarbeitern des dortigen Raths auf einer Eingabe, daß das Tiefbauamt kein gewerblicher Betrieb sei und es in Folge dessen für die städtischen Arbeiter des Tiefbauamtes nicht zuständig wäre.

Die Bremer Sozialdemokraten haben zu den Bürgerchaftswahlen folgende Forderungen für die städtischen Arbeiter aufgestellt: „Gewerkschaftslöhne oder Minimallohn von 4 Mk. per achtstündigen Arbeitstag und Ferien. Außerdem unbeschränktes Koalitionsrecht für alle Arbeiter und Beamten.“

Der Forarbeiter Baumgart von dem Röhrensystem der Charlottenburger Gaswerke scheint ein wütender Verbandsgegner zu sein. Kürzlich sagte derselbe: „Wer bei mir Dummbetten macht und sich ungebührlich beträgt, wird sofort entlassen.“ Da nun aber damals kein einziger Arbeiter „Dummbetten“ gemacht hat und andererseits die Arbeiter es selbst sehr gut wissen, daß sie entlassen werden, wenn sie „Dummbetten“ machen, so haben die Beteiligten diesen Auspruch in Verbindung mit anderen Äußerungen des genannten Herrn bezüglich der Organisation derartig aufgefaßt, daß sie bei der ersten besten Gelegenheit wegen ihrer Verbandszugehörigkeit hinausjagen. — Wir gestatten uns, Herrn Baumgart darauf aufmerksam zu machen, daß die Arbeiter das gesetzliche Recht besitzen, sich beruflich vereinigen zu dürfen. — Zu bedauern ist es, daß heute noch immer Personen in der Welt herumlaufen, welche dieses noch immer nicht zu wissen scheinen.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Fiebig, Berlin S., Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Dr. Voersch, Berlin W. 3., Gleditschstr. 49.** Sprechstunden von 9 bis 1 Uhr. Verbandskassierer: **P. Pöschke, Berlin N. 58, Cressowstr. 48.** Alle Korrespondenzen, Anfragen zc. sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer zu richten.

Bekanntmachung.

Der Verbandsvorstand hat kürzlich den Beschluß gefaßt, eine gründliche Enquete über die Gasanstalts-Arbeiter zu veranstalten. Wiederholt ist der Verbandsvorstand von einzelnen Filialen um genaue Angaben über die Lage der Gasfabrik-Arbeiter in den verschiedenen Orten ersucht worden. Der Verbandsvorstand konnte den betreffenden Filialen jedoch nur ungenügendes Material liefern, da er nicht zur Erlangung über die Verhältnisse in den einzelnen Gaswerken informiert ist. Da es andererseits auch im Interesse aller Gasarbeiter liegt, zu wissen, wie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hauptsächlichsten Orten sind, so soll die Enquete veranstaltet werden. Die bezüglichen Fragebogen werden den Filialen-Vorständen demnächst zugehen und bitten wir, die einzelnen Fragen genau beantworten zu wollen.

Der bisherige Vorsitzende des Verbands-Ausschusses, Himmelsburg, hat sein Amt aus dienstlichen Gründen niedergelegt. An seiner Stelle wurde der Verbandskollege **G. Polkmann, Berlin N., Rykestr. 22, Quergeb. IV Trv.,** gewählt. Alle Beschwerden über den Verbandsvorstand sind daher von jetzt ab an den Genannten zu richten.

Zusammenstellung

der Gesamt-Einnahme und -Ausgabe des Verbandes.

E i n n a h m e.	
Einnahme der Filialen	5233 82 Mk.
Einnahme des Verbands-Vorstandes *)	2127 72 .
Summa	7361 54 Mk.
A u s g a b e.	
Ausgabe der Filialen	1340 41 Mk.
Ausgabe des Verbands-Vorstandes	1717 56 .
Summa	3057 97 Mk.
A b s c h l u ß.	
Gesamt-Einnahme	7361 54 Mk.
Gesamt-Ausgabe	3057 97 .
Bleibt ein Vermögen von	4303 57 Mk.
Davon haben die Filialen	2025 65 .
Davon hat der Verbands-Vorstand	2274 92 .

*) Unter der Einnahme des Verbands-Vorstandes ist bei dieser Uebersicht das Vermögen zu verstehen welches der Verbands-Vorstand bei der letzten Quartals-Abrechnung befaß und die außerordentlichen Einnahmen, die der Verbands-Vorstand in dem 3. Quartal aufzuweisen hatte. Die ordentlichen Einnahmen, welche der Verbands-Vorstand von den Filialen erhielt, sind selbstverständlich in den 2127 72 Mk. nicht enthalten, da sie sich ja bereits unter den Einnahmen der Filialen befinden. Die Abrechnung des Verbands-Vorstandes ist bereits in Nr. 20 der „Gewerkschaft“ erschienen.

Bemerkt muß noch werden, daß seit dem 3. Quartal des Geschäftsjahres 1898/99 der Verband weitere Fortschritte gemacht hat und jetzt ungefähr 2800 Mitglieder zählt.

J. A. Dr. Poersch.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Arbeiter der städtischen Gaswerke hatten in einer früheren Versammlung beschlossen, eine Erhöhung ihrer Löhne zu fordern. Eine Lohnkommission ist eingesetzt worden, welche das Weitere veranlassen sollte. In einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung, wie sie Berlin seit dem sechshundertjährigen Sturz nicht mehr gesehen hatte, die am 16. November stattfand, machte Bösch Namens der Lohnkommission den Vorschlag, der Direktion der gesamten städtischen Gaswerke folgende Forderungen einzubringen: Eine Lohnerhöhung von 20 pct für Betriebs- und Hofarbeiter sowie für Handwerker. Für Ueberstunden 20 pct., für Sonn- und Feiertagsarbeit 40 pct. Zuschlag. — Wie der Referent weiter ausführte, erhalten die Betriebsarbeiter gegenwärtig einen Tagelohn von 5 Mk., die Hofarbeiter einen von 3—3,50 Mk., während die Löhne der Handwerker verschieden sind. Nach den Vorschlägen der Lohnkommission sollen die Betriebsarbeiter 6 Mk. und die Hofarbeiter 4,20 Mk. pro Tag erhalten. Die Gegner der Arbeiterbewegung würden wohl die Anwendung erheben, daß der Lohn der Betriebsarbeiter schon ein recht guter sei. Demgegenüber sei zu bemerken, daß diese Arbeiter infolge ihrer in großer Höhe zu verrichtenden, äußerst anstrengenden Beschäftigung verhältnismäßig hohe Ausgaben für Lebensmittel, Getränke etc. haben, so daß sie sich also nicht besser stellen, wie die Arbeiter in anderen weniger anstrengenden Industriezweigen. Die städtische Verwaltung, die ja nicht wegen hoher Arbeitslöhne berühmt sei, habe sich jedenfalls von derselben Ansicht leiten lassen, indem sie schon seit Jahren den gegenwärtigen Lohn zahlte. Zwischen seien nun aber die Lebensmittelpreise und die Wohnungsmieten erheblich gestiegen. Mit Rücksicht darauf sei auch den Beamten, sowie den Arbeitern anderer städtischer Betriebe eine entsprechende Zulage bewilligt worden. Bei den Gasarbeitern seien die Löhne aber auf dem alten Niveaü geblieben. Während sonst die in den Berliner Gaswerken gezahlten Löhne die höchsten in der Branche waren, siehe Berlin in dieser Hinsicht jetzt nicht mehr an der Spitze, denn andere Städte seien mit den Löhnen ihrer Gasarbeiter bereits auf dieselbe Höhe gekommen. Die gegenwärtige Lohnbewegung sei ja der Direktion der Gaswerke nicht unbekannt, und man könnte wohl annehmen, daß die Forderungen der Arbeiter ohne besondere Schwierigkeit bewilligt werden würden. Einzelne Betriebsleiter hätten sich auch schon in diesem Sinne geäußert. Darauf zur Frage der Affordarbeit über. In dieser Hinsicht könne die Kommission keinen bestimmten

Vorschlag machen, da die Meinung der Arbeiter über die Affordarbeit nicht sei. Viele Arbeiter wollten von der Abschaffung des Affords nichts wissen. Allgemein werde es als ein schwerer Uebelstand empfunden, daß den Arbeitern bei Beginn des Affords in der Regel nicht der Preis desselben gesagt werde, obgleich die Arbeitsordnung dies ausdrücklich vorschreibe. Es sei vorgekommen, daß Arbeiter, die nach dem Preise fragten, zur Strafe für diese „Dreißigkeit“ mit Arbeit in der Reinigung beauftragt wurden, auch habe man die Beantwortung solcher Fragen mit einem deutlichen Hinweis auf die Thür abgelehnt. Die Affordarbeiter müßten niemals, wieviel sie eigentlich verdienen und es sei vorgekommen, daß in einer Woche mit hoher Arbeitsleistung weniger Lohn erzielt wurde, wie in einer anderen Woche mit niedrigerer Arbeitsleistung. Wenn man auch in der Mehrheit nicht für die Abschaffung der Affordarbeit sei, so sei doch der Wunsch laut geworden, daß feste Tariffätze eingeführt und ein Mindestverdienst bei Affordarbeit garantiert werde. Dann ersuchte der Referent noch die Anwesenden, sich dem Verbands-Vorstande anzuschließen und legte dessen Bedeutung in längeren Ausführungen dar.

Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage der Affordarbeit. Die meisten Redner traten für gänzliche Abschaffung derselben ein und wünschten, daß eine dementsprechende Forderung an die Direktion gestellt werde. Dagegen wurde, namentlich auch von Bösch, eingewandt: Man könne auf Anerkennung dieser Forderung nicht rechnen, so lange nicht die Mehrheit der Affordarbeiter dafür stehe. Das sei aber zur Zeit, besonders in der Gasanstalt II, nicht der Fall.

Die Versammlung nahm einstimmig die Vorschläge der Lohnkommission an und überwiegt die Frage der Affordarbeit beabsichtigt eingehender Prüfung und Regelung der Lohnkommission.

Berlin. Filiale III Wasserwerksarbeiter. Die letzte Mitglieder-Versammlung am 15. Nov. beschäftigte sich mit der Entlassung einiger Kollegen und mit der Antwort des Herrn Stadtraths Haack. Es wurde von den Anwesenden lebhaft getadelt, daß die Leute von der Leitung der Wasserwerke, nachdem sie im August bereits einmal entlassen waren und im September aus ihrer unterdessen erhaltenen Arbeit gerissen, im Monat November wieder entlassen wurden. Es konnte den Leuten im September gesagt werden, daß die Arbeit nicht lange dauern würde, dann hätten die Kollegen ihre Arbeit nicht aufzugeben und wieder bei den Wasserwerken angefangen. Außerdem hatte die Leitung der Werke noch ein Theil ganz neuer Leute eingestellt, wovon einige nur acht Tage gearbeitet und dann auch entlassen wurden. Die Leitung der Werke müßte doch wissen, was sie für Arbeit hat. Herr Haack's Antwort des Herrn Haack führte man an, daß die Arbeiter schon im vorigen Jahre bei der Direktion vorstellig wurden, daß dieses aber in der Zeitung an die Deputation verlesen worden, sei zu bemerken. Es wurde beschlossen, eine Vertretung dieserhalb an Herrn Haack zu senden.

Leipzig. Am 7. November tagte hier eine öffentliche Versammlung der Vaternen-Wärter. Dieselbe beschloß zunächst den „Coburger Hof“ als Verkehrs- und Versammlungsortal weiterzubehalten. Dann wurde über die Maßregelung von Hartung diskutiert und der Antrag gestellt, aus dem Verbands-Vorstande auszuschließen, da der Verbands-Vorstand die Vermögensverhältnisse nicht unterstützte. Hartung wandte sich gegen diesen Antrag und wurde beschlossen, in einer weiteren Versammlung dieser Frage näher zu treten.

Anmerkung des Verbands-Vorstandes. Der Verbands-Vorstand kann nur dann eine Vermögensverhältnisse-Untersuchung entsprechend dem Streik- und Maßregelungs-Reglement gewähren, wenn ihm von der örtlichen Leitung bestätigt wird, daß eine Maßregelung vorliegt. Würde der Verbands-Vorstand anders handeln, so könnte jeder Schwindler sehr leicht zu Geld kommen. Der Verbands-Vorstand hat daher auch von dem Vertrauensmann der Leipziger Vaternen-Wärter verlangt, daß er und die anderen leitenden Persönlichkeiten eine Prüfung des Falles Hartung vornehmen und ihm das Resultat dieser Untersuchung mitteilen möchte. Da aber von dem Vertrauensmann keine Bestätigung über die angezeigte Maßregelung bei dem Verbands-Vorstande einging, so mußte ganz selbstverständlich derselbe annehmen, daß Hartung entweder gar nicht gematretet sei oder die ganze Angelegenheit bereits auf irgend eine Weise geregelt wäre. Die Leipziger Kollegen werden daher wohl einsehen, daß der Verbands-Vorstand frei von jeder Schuld bei der ganzen Sache ist.

Verantw. Redakteur: Bruno Bösch, Berlin, Gleditschstr. 49.
Druck von Maurer & Dimmig, Berlin S., Louise-Platz 11.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 23.

Berlin, 3. Dezember 1899.

3. Jahrg.

Korrespondenzen.

Berlin. Am Mittwoch, den 15. v. Mts., fand eine gutbesuchte Versammlung der in den Revier-Inspektionen beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten statt. Der 1. Punkt der Tages-Ordnung: Vortrag des Stadtverordneten Adolf Hoffmann über „Modernes Raubrittertum“, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Referent legt am Schluß seines Vortrages die Notwendigkeit der Organisation dar und fordert zur regen Agitation auf. Der 2. Punkt der Tages-Ordnung: Petitionsangelegenheiten, wurde schnell erledigt, indem die von den Vertrauensleuten ausgearbeitete Petition angenommen und alles Weitere dem Vorstand überlassen wurde. Zum 3. Punkt: Verschiedenes, meldete sich Koll Krüger von 3 Revier zum Wort, um seine Geschichte betreffs der erfolgten Entlassung vorzutragen. Der Vorsitzende verwies den Redner, mit der Motivierung, daß der Verband nichts dazu zu thun habe, an die Behörde. Mit einem Hoch auf den Verband, gingen die Kollegen auseinander.

Dresden. Am 24. November fand bei Gottlüber, Schönbrunn 1, eine Versammlung der Gasarbeiter mit der Tagesordnung statt: 1. Warum sind die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung eine soziale Notwendigkeit? Genosse F. Fricke hatte das Referat übernommen, war aber bei Eröffnung der Versammlung noch nicht anwesend, und mußte daher erst das Gewerkschaftliche erledigt werden. Der Vorsitzende, Fischer, berichtete über den Stand der Organisation in der Meißner Gaseanstalt. Danach haben wir dort bis jetzt 20 Mitglieder zu verzeichnen. Die Agitation ist deshalb eine sehr schwierige, weil es nicht möglich ist, in Meißel oder in nächster Nähe eine Versammlung einzuberufen. Der Wirt vom Deutschen Sport giebt sein Lokal nicht dazu her, weitere Lokale sind in der Nähe nicht vorhanden; dann sind die dort beschäftigten Arbeiter Bewohner kleiner Dörfer, die weit von einander liegen. In Folge dieser Verhältnisse ist die Mehrzahl der Arbeiter für die Organisation schwer zu gewinnen, trotzdem ist aber Hoffnung vorhanden, daß bei beionemtem Handeln auch in Meißel in nächster Zeit Fortschritte zu verzeichnen sein werden. Dafür geben uns die jetzt dort beschäftigten Mitglieder einige Garantie. Ferner wurde vom Vorsitzenden auf die mangelhafte Vertretung der Gasarbeiter in ihrer Betriebskrankenkasse aufmerksam gemacht. Dies gab dem Kollegen Rahm Veranlassung, als Vertreter der Arbeiter bei der Betriebsverwaltung sein Bedauern darüber auszusprechen, daß sich die Arbeiter bei der Wahl der Vertreter nicht besser betheiligen. Die Vertreter sind nur von einem kleinen Theil der Arbeiter gewählt und können kaum als solche anerkannt werden. Die Schuld daran trage die mangelhafte Organisation, in Zukunft sollten nur organisierte Kollegen als Vertreter aufgestellt werden, die Vorarbeiten hierzu sind durch die Gewerkschaftsmitglieder zu verrichten. Mittlerweile war Genosse Fricke erschienen, und auf Wunsch der Anwesenden wurde ihm das Wort zum ersten Punkt der Tages-Ordnung erteilt (es war bereits 9 Uhr). Der Referent führte ungefähre Folgendes aus:

Durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist den herrschenden Klassen ein großes Recht in die Hand gegeben. Trotzdem haben sie das Bedürfnis, ihr Recht noch mehr zu befestigen, wie uns die nun begrabene Justizbauvorlage zeigt. Die Arbeiter können nur durch eine gute Organisation zu ihrem Recht gelangen, eine Arbeiterkraft, die nicht daran denkt, ihre Rechte zu wahren, muß immer weiter in ihrer Bildung und Leistungsfähigkeit zurückgehen. Die Arbeitgeber haben das Bestreben, immer mehr aus den Arbeitern herauszuwickeln. Auch die städtischen Arbeiter sind davon nicht ausgeschlossen. Die neugewählten Stadtverordneten geben uns durchaus keine Aussicht auf Verbesserung der Lage der Arbeiter in den städtischen Betrieben, wenn die Arbeiter nicht geschlossen vorgehen. Bedauerlich ist es nur, daß so viele Arbeiter nicht einsehen wollen, wie notwendig es ist, sich dem Verbands anzuschließen. Um 10 Uhr erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Salle a. S. Am 12. Novbr. fand in Neufauf's Restaurant, Große Märkertstr. 20, eine öffentliche Versammlung aller in Ge-

meindebetrieben beschäftigten Arbeiter statt. Da leider der Referent, Herr Redakteur Swienty, nicht anwesend war, konnte der Vortrag über die Mängel in der Gewerbeordnung nicht stattfinden. Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, nach dem Beispiele der Fabrikanten und Kapitalisten, welche sich zu Trusts und Ringen zusammenschließen, ein Gleiches zu thun. Nur durch Einigkeit und festes Zusammenschließen kann etwas erreicht werden. Bei der Diskussion wurde über die schlechte Entlohnung der Schlacht- und Viehhofsarbeiter gellagt. Es ist den Leuten, welche 6-7 Jahre dort beschäftigt sind, ein ganzer Pfennig Lohnzulage zu Theil geworden, so daß sie jetzt einen Lohn von 25-26 Pf. erhalten. Dann wurde zur Gründung einer freiwilligen Krankenunterstützungskasse geschritten. Es wurde beschlossen, ein Weihnachtsgeld zu beschließen. Nach einem warmen Appell an alle Anwesenden, doch tüchtig für den Verband zu arbeiten, auch für regere Betheiligung der Versammlungen zu agitieren und nachdem sich Verschiedene noch hatten aufnehmen lassen, schloß der Vorsitzende die recht rege verlaufende Versammlung.

Mainz. Die Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter ist endlich zu Stande gekommen. In der hierzu bestimmten Spezialkommission wurde der neueste Entwurf, wie er aus den Vorberatungen der Kommissionen, Deputationen und — Amtsvorstände hervorgegangen, durchberathen und zu Ende gebracht. Wenn wir dem Entwurf auch gerade nicht nachrühmen können, daß er das alte Wort: „Was lange währt, wird gut“, wahr mache, so bringt derselbe doch wenigstens einmal einen Rechtszustand für die städtischen Arbeiter, der seither gefehlt hat. Wir wollen auch nicht verkennen, daß er einige Verbesserungen bringt, allein von großer Bedeutung sind dieselben nicht. Wenn der Entwurf in seiner von der Spezialkommission feigelegten Fassung Gesetz wird, so liegt ein wesentlicher Fortschritt in der Begabung der in die Woche fallenden Feiertage, die mit Mehrheit beschlossen wurde, entgegen allerdings den Beschlüssen anderer gebortter Kommissionen. Dieser Punkt sowohl als auch die Gewährung eines Urlaubs an die Arbeiter, wird den Schwerpunkt der Debatten in der Stadtverordneten-Versammlung bilden; die Mehrheit der Kommission will den Arbeitern für die Feiertage keine Abzüge mehr gemacht wissen, sobald sie zwölf Monate bei der Stadt beschäftigt und in der Woche keine Arbeitstage (zwingende Gründe ausgenommen) veräumen. Auf die Einzelbestimmungen einzugehen, verlohnt vorläufig noch nicht, dazu ist noch Zeit gegeben, wenn die Arbeiter darüber gehört werden. Ob das geschieht vor den Beratungen in Plenum oder nachher, darüber scheint ein kleiner Krieg auf unserem Stadthaus in der Bürgermeisterei zu sein. Die städtischen Arbeiter aber können sich einstweilen rüsten, damit die anberaumten Wahlen von Vertretern für den Arbeiterausschuß sie nicht unvorbereitet treffen, damit sie ferner tüchtige Männer, die ihre Interessen nach jeder Richtung hin vertreten, in den Ausschuß bekommen. Das wird Aufgabe des Verbandes städtischer Arbeiter sein.

Längere Berichte, Notizen u., welche noch in der nächsten Nummer Aufnahme finden sollen, müssen mindestens 1 Woche vor Erscheinen derselben in den Händen der Redaktion sein. Redaktionsschluß am Donnerstag Mittag vor dem Erscheinen.

Zusätzliche Berichte und Notizen für die Zeitung sind auf besondere Bogen zu schreiben — nur eine Seite des Papiers darf beschrieben werden — und dürfen dieselben nie Mitteilungen für den Verbands-Vorstand u. enthalten. Die Redaktion verfügt nicht über so viel Zeit, um die eingelaufenen Briefe nochmals abzuschreiben und in die einzelnen Theile zerlegen zu können.

Die Fortsetzung unserer Artikelserie über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Gemeindebetrieben“ kann erst in der nächsten Nummer erfolgen.

Litterarisches.

Unter dem Titel „**Junkerrevolts**“ behandelt eine im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienene Broschüre von Kurt Eisner die Fragen der inneren preussischen Politik unter Anlehnung an den Kanalhandel. Der Stoff ist gegliedert in folgende Kapitel; Die Politik der Mitte, Kulturinteresse und Interessentulius, der persönliche Willen, Bilder aus der verlebten Welt, die Komödie der Trohungen, ohne Sozialdemokraten. Im ersten Abschnitt wird das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft in Preußen mit Hilfe von Zahlen über Bevölkerungsgliederung, Bodenbenutzung, Einfuhr und Ausfuhr von Industrieerzeugnissen und Nahrungsmitteln geschildert.

Der Preis für die Broschüre beträgt 50 Pf.; um aber den Arbeitern die Anschaffung zu erleichtern, hat der Verlag eine Agitationsausgabe zum Preise von 20 Pf. hergestellt.

Die **Freimaurerei**, ihre Geschichte, Tätigkeit und innere Einrichtung von Johann Sassenbach, Verlag von Johann Sassenbach. Berlin. 30 Bg. (26 bis 30 Tausend).

Dieses bekannte Buch ist nunmehr zum sechsten Male und zwar in ganz neuem Gewande zu herabgesetztem Preise erschienen. Es ist jetzt als Nr. 5 und 6 in die Sammlung Sassenbach eingereiht und kostet als Doppelbändchen nur 30 Bg. Wer sich für die so geheimnisvoll auftretende Freimaurerei interessiert und sich über ihr Wesen und ihre Bestrebungen unterrichten will, findet hier alles Wissenswerte. Das Buch kann durch unsere Expedition bezogen werden.

Erklärung.

Erkläre hierdurch, daß ich von Seiten des Verbandes während meiner Krankheit keine Unterstützung erhalten habe und alle bezüglichen Gerüchte, welche auf der IV. Berliner Gasanstalt dieierhalb zirkulieren, unwahr sind.

Jäb l d e.

Verksammlungs-Anzeiger.

Filialen, die ihre Versammlungen unter dieser Rubrik bekannt geben wollen, müssen dieierhalb Mitteilung an die Redaktion machen. Jede Aenderung ist gleichfalls schriftlich mitzutheilen.

Berlin I. (Anstalt Müllerstraße) Montag, den 11. Dezbr., Abends 7 Uhr, Paterwallstraße 3.

Berlin Ia. (Anstalt Danzigerstraße.) Am Dienstag, den 19. Dezember.

Berlin II. (Kanalisations-Arbeiter.) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Mörchel, Aldenstraße 35/36, Abends 7 Uhr.

Berlin III. (Wasserwerks-Arbeiter.) Am 15. jed. n Monats bei Busch, Grenadierstr. 33.

Berlin IV. (Leinspektoren.) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Widgrube, Muskauerstr. 31, Abends 8 1/2 Uhr.

Berlin V. (Markthallen-Arbeiter.) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Lange, Dragonerstr. 16, Nachmittags 5 1/2 Uhr.

Berlin VI.

Berlin VII. (Schlach- und Viehhofs-Arbeiter.) Dienstag, nach dem 1. Abends 7 Uhr, Frankfurter Allee 174.

Berlin VIII. (Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes.) Mittwoch nach dem 15. Schillingstraße 1.

Berlin IX. (Arbeiter der Hevier-Inspektionen etc.) Jeden Donnerstag nach dem 15. bei Busch, Grenadierstr. 33.

Berlin X. (Arbeiter des Kohrenwerks der Gaswerke.) Sonntag, den 3. Dezbr., Bornstr. 10 Uhr, Grenadierstr. 33.

Bremen. Am 2. Dienstag jeden Monats im Vereinshaus Hansestraße.

Charlottenburg. 14. Dezember, Gambinus-Bräuerer, Wallstraße.

Friedrichshagen. Sonntag, den 3. Dezbr., Abends 7 Uhr, Steinstraße 99.

Halle a. S. Jeden Sonntag nach dem 7. und 22., Nachmittags 3 1/2 Uhr, Hr. Märkerstr. 16.

Königsberg i. Pr. Jeden 1. Montag im Monat, Abends 7 1/2 Uhr in der Phönixhalle.

Lichtenberg. Jeden Mittwoch nach dem 20. des Monats im „Hünen Weggang“.

Magdeburg I. (Gasarbeiter.) Jeden 1. Sonntag im Monat und jeden Sonntagabend vor dem 15. d. Mt.

Magdeburg II. (Straßenreiner, Canalisation etc.)

Mainz. Jeden 1. Sonntag im Monat, Nachm. Mitglieder-Versammlung, im Restaurant „Zur Waiz“, Pfaffenstraße.

Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 6 1/2 Uhr Abends bei Böjelen, H. 4. 8.

Mannheim III. Jeden 1. und 3. Sonntag, 2 1/2 Uhr, H. 3. 3 bei Lemmer.

Pforzheim. Jeden 1. Dienstag im Monat Mitglieder-Versammlung im „Goldenen Löwen“.

Riedorf. Mittwoch, 13. Dez., Bergstr. 144, Abds. 7 1/2 Uhr.

Stuttgart I. Jeden 1. und 2. Samstag im Monat, 8 Uhr Abends, zum „Stern“.

Stuttgart II. Jeden 2. Montag im Monat, Abends 9 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

Arbeiter u. Unterangestellte d. ködt. Betriebe Berlins!

Sonntag, den 10. Dezember 1899, Abends 5 Uhr:

Kombinierte Verbands-Versammlung

sämtlicher Filialen, mit Familien-Angehörigen

im „Englischem Garten“, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Hoffmann über: „Auf was wir stolz sind.“ 2. Rechenschafts-Bericht des Ausschusses der vereinigten Filialen und des Vergütungs-Komitees.

Nach Schluß der Versammlung:

Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

— Entree 10 Bg. —

Diesem Kollegen, welche dem Verbands noch nicht angehören, sind ganz besonders eingeladen; auch die der Filialen Charlottenburg, Riedorf, Wilmersdorf, Schmargendorf, Tegel, Lichtenberg und Friedrichshagen.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung und besonders des interessanten Vortrages bitten wir um zahlreichen Besuch.

Der Ausschuss der Berliner vereinigten Filialen.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker

sollte zur Arbeit

die Lederhose Merkulos tragen.

Allein Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen hinten und vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Reckknöpfe u. Knappnähte. Keine Leder-Pilot-Taschen, die Hölz 4 Mk. 50 (bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.)
 Sehr indigoblauer Jacket für Maschinisten, Monteure etc. 1 Mt. 50
 Sehr indigoblauer Hölz dito 1 Mt. 50
 Prima Manchester-Hölz 8.—, 5 Mt. 50
 Gefüttertes Manchester-Jacket 13.—, 10, 10,
 Maler-Rittel in Feinen-Art 2 Mt. 25
 Maler-Rittel (braun) 2 Mt. 40
Glaues Pilot-Jacket für Maschinisten etc. 2 Mt. 80
Glaues Pilot-Hölz für Maschinisten 2 Mt. 50

Baer Sohn

En gros Export. En détail.

Berlin O., Hr. Frankfurterstraße 14.

Berlin SO., Brückenstr. 11. Berlin N., Chausseestr. 24a.

Die 18. Preisliste über gesammte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis und franko verschickt.

Bersand von 2) Mt. an franko. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- und Hüftweite und Schrittlänge

Verantw. Redakteur: Bruno Porsch, Berlin, Gleditschstr. 49.
 Druck von Maurer & Dimmig, Berlin S., Louise-Wer 11.